



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck | media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen..... 4–7

### Aktuell

Studie empfiehlt offenen Zugang  
zu Behördendaten ..... 8–9

### Themen

Energie- und Klimapolitik:  
Schlüsselrolle für Erdgas..... 10

Agglomerationen brauchen mehr  
finanzielle Unterstützung durch den Bund .. 11

Rubik-Abkommen sind eine  
zweckmässige Strategie ..... 12–13

Jahreskonferenz der Schweizer  
Entwicklungszusammenarbeit – im  
Zentrum steht die Wirksamkeit ..... 14–15

**Sponsorensseite** ..... 16

**Index** ..... 17

### Kommentar

Gelebte Austerität im Kanton Schwyz ..... 18–19

## Margenerosion im Bauhauptgewerbe



Elio Vanoli  
C. Vanoli AG, Bauunternehmung

Auslastung rote Zahlen schreiben. Eine im Jahr 2010 durchgeführte Erhebung über die Ertragslage von 800 Mitgliederfirmen machte deutlich, dass rund drei Viertel der Firmen schlechte bis miserable Erträge ausweisen. Ein Fünftel der Unternehmen wies gar einen Verlust mit effektivem Geldabfluss vor. 40% erarbeiteten praktisch keinen und 14% kamen auf einen genügenden Ertrag. Nur knapp ein Viertel konnte sich eines Ertrages von mehr als 4% (EBIT-Marge) erfreuen. Vom Schweizerischen Baumeisterverband wurde diesbezüglich seither keine Befragung mehr durchgeführt. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass die Ertragslage marginal besser, jedoch gesamthaft weiterhin unbefriedigend ausgefallen ist. Ein Gradmesser ist die grösste Bauunternehmung der Schweiz. Im Jahr 2011 wurde bei der Sparte «Bau Infra» eine Umsatzrendite von rund 1,6% erzielt.

Seit geraumer Zeit präsentiert sich in den meisten Schweizer Ortschaften dasselbe Bild: Baukräne soweit das Auge reicht. Da liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Baufirmen zurzeit florieren und Reserven für schlechtere Zeiten bilden können. Wer als Bauunternehmer auf die schlechte Margensituation hinweist, hat daher oftmals ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Die Untersuchungen des Schweizerischen Baumeisterverbandes zeigen jedoch auf, dass einige Unternehmungen trotz guter

Worin liegen die Gründe dafür? Auffallend ist, dass die viel zitierte Strukturbereinigung noch weitgehend aussteht. Gemäss dem Schweizerischen Baumeisterverband erfolgten im Jahr 2010 im Bauhauptgewerbe einerseits mehr Konkurse, andererseits jedoch auch rekordhohe Neueintragungen, was insbesondere auf die tiefen Markteintrittsbarrieren zurückgeführt wird. Gemäss der Studie kommt es häufig vor, dass Kadermitarbeiter von konkursiten Unternehmen ihre eigene Baufirma gründen. Diese Entwicklung wird dadurch begünstigt, dass Kleinbetriebe bis 30 Mitar-

beiter im Durchschnitt den höchsten EBIT erzielen und somit bei Neugründungen begründete Aussicht auf Erfolg besteht. Ferner ist die Margenerosion im Hoch- wie auch Tiefbau bereits seit einigen Jahren erkennbar. Die Kosten und die Baupreise entwickeln sich seit dem Jahr 2002 in einer Seitwärtsbewegung. Der im Jahr 2002 eingeführte flexible Altersrücktritt (FAR) hat unter anderem zu höheren Kosten geführt, welche nicht in vollem Umfang überwältzt werden konnten. Das Lohnniveau im Bauhauptgewerbe kann notabene vergleichsweise als gut taxiert werden.

Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird sich kurz- bis mittelfristig nichts an der guten Auslastung ändern, da die hohe Zuwanderung und der leichte Geburtenüberschuss sowie das tiefe Zinsniveau noch etwas anhalten dürften. Gemäss einer Studie der Credit Suisse agiert die Bauwirtschaft an der Kapazitätsgrenze, was diese Einschätzung stützt. Eine Rückkehr zu gesamthaft höheren Renditeaussichten wird im Bauhauptgewerbe wohl nicht eintreten, selbst wenn nach einem Konjunkturunbruch eine gewisse Strukturbereinigung stattfinden sollte.

Mit den besten Grüßen  
aus Immensee

Elio Vanoli

### Wirtschaft verliert 2012 an Dynamik

Letztes Jahr wuchs das Bruttoinlandprodukt im Kanton Schwyz um 1,9 Prozent. Für 2012 wird ein Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent erwartet. Vor allem exportorientierte Firmen spüren den rauen Gegenwind des Euroraums. «Die leicht aufgehellten Aussichten wichtiger Handelspartner wie Deutschland und USA sowie die vergleichsweise robuste Entwicklung der Schwellenländer geben Hoffnung, dass die internationale Wachstumsschwäche im zweiten Halbjahr überwunden werden kann», schreibt die Schwyzer Kantonalbank, welche die Studie BAK Basel in Auftrag gegeben hat. Das Erholungspotenzial für die Schwyzer Wirtschaft bleibe jedoch verhalten. Angesichts der Frankenstärke sei mit einem weiteren Rückgang der Auslandsnachfrage zu rechnen, was vor allem exportorientierte Branchen spüren dürften. Allerdings ist die Schwyzer Wirtschaft robust aufgestellt, dank der Diversifizierung und den starken KMU. Die leichte Abschwächung geschieht also auf einem hohen Niveau. Mehr unter [www.szkb.ch/prognosen](http://www.szkb.ch/prognosen)

### 2011 wurden netto 500 Arbeitsplätze geschaffen

Die Wirtschaft im Kanton wuchs letztes Jahr weiter. Die Hälfte der grössten Arbeitgeber hat die Zahl der Arbeitsplätze im Jahr 2011 aufgestockt. Dies ergab die jährliche Umfrage des «Bote der Urschweiz» bei den 174 grössten Unternehmen im Kanton Schwyz. Sie decken 38 Prozent der Arbeitsplätze ab und konnten 116 neue Stellen schaffen. Rechnet man dies auf 100 Prozent hoch (und nimmt an, dass das Wachstum bei den KMU gleich gross war wie bei den grossen Firmen), sind letztes Jahr demnach netto insgesamt 500 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das Schwyzer Jobwachstum war erfreulicherweise deutlich höher als im Landesmittel. Grösster Arbeitgeber bleibt die kantonale Verwaltung (1455 Stellen) vor der Victorinox AG (900). Am meisten neue Jobs gab es durch die Inbetriebnahme eines neuen Altersheimes in Freienbach. Am meisten Stellen gingen in Altendorf verloren, wo die Transammonia AG ihren Betrieb in die Stadt Zürich verlagerte. Umsatzmässig ist die internationale Speditionsfirma Kühne & Nagel das grösste Unternehmen mit Sitz im Kanton Schwyz. Dessen Umsatz betrug letztes Jahr 19,6 Mrd. Franken. Am Hauptsitz in Schindellegi arbeiten 240 Personen.

### Garaventa baut Weltneuheit am Stanserhorn

Die Goldauer Firma Garaventa hat von Stans auf das Stanserhorn eine zweistöckige Luftseilbahn mit Aussichtsterrasse gebaut – eine technisch anspruchsvolle Weltneuheit. Die Cabriobahn besteht aus zwei Kabinen mit je einem konventionellen, also rundum geschlossenen Raum für 60 Passagiere sowie einer Aussichtsplattform für 30 Personen. Hinzu kommt ein ausgeklügeltes technisches System, denn die Kabinen gleiten auf zwei Tragseilen, die Kanzel befindet sich über dem Seil. Weil der Schwerpunkt damit hoch ist und Gefahr droht, dass die Kabine aus dem Gleichgewicht kippt, wurde ein System entwickelt, um dem entgegenzuwirken. Im Kabinenboden ist ein automatisches Hydrauliksystem eingebaut, welches Schwankungen ausgleichen kann. Die Innovation ist bei der einheimischen Bevölkerung auf grosse Resonanz gestossen. Die zur Finanzierung des 28-Mio-Projektes erforderliche Aktienkapitalerhöhung war so erfolgreich, dass sie in kurzer Zeit überzeichnet wurde. Rund sieben Mio. Franken flossen grösstenteils von Einheimischen in das Bahnprojekt.

### Planzer Holding neu in Seewen

Die Planzer Holding AG hat gemäss Handelsregister ihren Sitz von Dietikon im Kanton Zürich in den Kanton Schwyz nach Seewen ins Senn-Planzer-Logistikzentrum an der Seewernstrasse verlegt. Die Planzer-Gruppe ist eines der führenden Unternehmen der Logistik- und Transportbranche in der Schweiz. Gemäss einem Ranking des Zürcher Amtes für Wirtschaft und Arbeit war die Planzer Holding AG im letzten Jahr eine der grössten Firmen im Kanton Zürich mit einem Umsatz von rund 655 Mio. Franken. Einer der Gründe für die Verlegung des Sitzes waren steuerliche Überlegungen. Planzer hat in der Schweiz über 40 Standorte und beschäftigt rund 3600 Mitarbeiter. Vor sieben Jahren hat sie das gesamte Transport-Geschäft der Senn Transport AG in Seewen übernommen.

### Sattel-Hochstuckli AG weiterhin auf Erfolgskurs

Die Sattel-Hochstuckli AG (SHAG) kann auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Vierjahreszeitenstrategie hat sich erneut bewährt und sorgt dank dem breiten Ganzjahresangebot für entsprechende Erträge in allen Sparten. Das rekordhohe Ergebnis bildet eine gute Grundlage für die Fortsetzung der Realisierung der geplanten Investitionen. Die SHAG präsentiert eine sehr gesunde Bilanz. Die Eigen-

kapitalquote liegt weiterhin bei über 40 Prozent. Das Anlagevermögen beläuft sich nach Abschreibungen auf 13,2 Mio. Franken. Bei einem Umsatz von rund 5,5 Mio. Franken hat das Freizeitunternehmen einen Cash-flow von 1,29 Mio. Franken erwirtschaftet. Das Eigenkapital beträgt neu 5,45 Mio. Franken.

### **34 Arbeitsplätze gehen in Einsiedeln verloren**

Auf Ende Jahr verlegt die Firma Mikrap AG ihren Firmensitz von Einsiedeln nach Rotkreuz. Damit wechseln 34 Arbeitsplätze in den Kanton Zug. Mit der Verlegung nach Rotkreuz will der international tätige Mutterkonzern exceet Group AG Synergien nutzen und einem «stark wachstumsorientierten Unternehmen» ein optimales Umfeld bieten, wie Vize-Präsident Fabian Rau dem Einsiedler Anzeiger sagte. In Rotkreuz besteht bereits eine Schwesterfirma. Die exceet Group verfügt dort über eine ausgebaut und moderne Infrastruktur in unmittelbarer Nähe zur Autobahn. Die Mikrap beschäftigt sich mit der Entwicklung von hochwertiger Elektronik vorrangig für die Industrieautomation und für die Medizinaltechnik. Sie wurde 1978 vom Einsiedler Peter Engeler gegründet und 2008 von der AEM Technologies Holding übernommen, welche später in exceet umbenannt wurde.

### **OC Oerlikon wird profitabler**

Der Industriekonzern OC Oerlikon mit Sitz in Pfäffikon hat im zweiten Quartal seine Rentabilität erneut steigern können. Bei einem im Vergleich zum Vorjahr praktisch unveränderten Umsatz von 990 Mio. Franken resultierte ein Betriebsgewinn (Ebit) von 115 Mio. Franken. 2011 hatte sich das Quartals-Ebit erst auf 93 Mio. Franken belaufen. Das operative Ergebnis konnte damit um knapp ein Viertel gesteigert werden. Das Unternehmen verdankt seinen Erfolg den Sparten Textilmaschinen und Getriebesysteme.

### **Kapitalriese hat leicht abgebaut**

Die seit 2005 in Pfäffikon domilizierte Castle Private Equity AG hat ihr Aktienkapital leicht reduziert. Dies ist insofern nicht ganz alltäglich, weil es sich bei dieser Unternehmung um eine hochkapitalisierte Vermögensverwaltungs- und Beteiligungsfirma mit internationaler Vernetzung handelt. Bisher wies sie ein Aktienkapital von 216 Mio. Franken auf, neu wird ein Kapital von 208,5 Mio. Franken ausgewiesen. Bei dieser Herabsetzung sind 1,5 Mio. Namenaktien vernichtet worden. Diese Kapitalsenkung diente dazu, die für ei-

gene Aktien gebildeten Reserven aufzuheben. Die Castle Private Equity AG hat vor sieben Jahren ihren Sitz von Baar nach Pfäffikon verlegt. Ihr Verwaltungsrat wird von Gilbert J. Chalk, London, präsiert. Als Geschäftsführer zeichnet Hans Markvoort, Küssnacht.

### **Petra Gössi vertritt Hauseigentümer**

An der Delegiertenversammlung des Hauseigentümerversandes Schweiz in Basel wurde FDP-Nationalrätin Petra Gössi aus Küssnacht in den HEV-Zentralvorstand gewählt. Sie vertritt damit den HEV Kanton Schwyz und seine fünf Sektionen auf nationaler Ebene. Bereits im Frühjahr wurde Nationalrätin Gössi von den Schwyzer Delegierten einstimmig für dieses Amt portiert.

### **Armin Hüppin neuer Verwaltungsrat Spital Lachen**

Armin Hüppin, bis 30. Juni Landamman, ist neuer Verwaltungsrat der Spital Lachen AG. Der Wangner stand während zwölf Jahren dem Departement des Innern vor, dem das Gesundheitsdepartement angegliedert ist. Seine Haupttätigkeit übt Hüppin als Geschäftsführer der Genossame Lachen aus.

### **Neuer Vize bei der Kantonalbank**

Andreas Langenegger wurde per 1. Juli Stellvertreter von Kantonalbank-Geschäftsleiter Peter Hilfiker. Langenegger ist 45 Jahre alt, seit 2009 Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter des Geschäftsbereichs «Privat- und Firmenkunden». Die Vakanz entstand, weil Geschäftsleitungsmitglied Heinrich Leuthard als neuer CEO der Nidwalder Kantonalbank gewählt wurde. Nicole A. Reinhard wird neue Leiterin des Geschäftsbereichs «Private Banking». Neu besetzt wurde auch die Spitze des Bankrates der Schwyzer Kantonalbank. Der Kantonsrat wählte mit grosser Mehrheit den Arther Kuno Kennel als neuen Bankpräsidenten.

### **Victorinox empfing 200 Diplomaten**

Erneut durfte Victorinox prominenten Besuch empfangen. Über 200 Mitglieder des internationalen diplomatischen Korps besuchten die Uhrenproduktion und die nahe gelegene Uhrmacher- und Mikrotechnikschule der Ibächler Firma im jurassischen Pruntrut. Angeführt wurde der traditionelle Ausflug zu Ehren des diplomatischen Korps Ende Juni von Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf. Mit dabei war auch Bundesrat Didier Burkhalter. Der Anlass ist fester Bestandteil des diplomatischen Veranstaltungskalenders. Die

Einladung dient jeweils der Kontaktpflege auf höchstem Niveau mit den in der Schweiz akkreditierten Vertretern ausländischer Staaten.

### **OC Oerlikon verkauft Melco**

Der Industriekonzern OC Oerlikon verkauft die kleinste Geschäftseinheit seiner Textilmaschinenpartei. Für einen nicht genannten Preis geht die auf computerisierte Sticksysteme spezialisierte Tochter Melco an das US-amerikanische Unternehmen Mizar. Die Stickmaschinen von Melco, die auf der Einkopfstichttechnologie basieren, werden gemäss Angaben des in Pfäffikon domizilierten Unternehmens primär von nichtindustriellen Kunden nachgefragt. Für Melco arbeiten 50 Mitarbeitende. Sie werden alle von der neuen Besitzerin weiter beschäftigt. 2011 erzielte Melco mit Sitz im thurgauischen Arbon einen Umsatz von 15 Mio. Franken und arbeitete profitabel. Der Verkauf von Melco geht einher mit der Strategie von OC Oerlikon, sich auf volumenstarke und wachstumsträchtige Geschäftsfelder zu konzentrieren. Bereits einen Käufer gefunden hat der Konzern, der vom russischen Industriellen Viktor Vekselberg kontrolliert wird, für die lange als Hoffnungsspartei gepriesene Abteilung Solar.

### **Felchlin AG investiert 15 Mio. in Erweiterung**

Die Max Felchlin AG in Ibach hat am 22. August die Bauarbeiten für die Erweiterung der Manufaktur aufgenommen. Gut 15 Mio. Franken werden in einen Gebäudeanbau mit neuen Produktionsanlagen investiert. Damit will der Schokoladefabrikant die hohen Qualitätsstandards auch künftig erfüllen. Das Bauprojekt umfasst die Erweiterung der Produktionsfläche, der Personalräume und Büros. Der Ausbau dient der Installation einer neuen Produktionslinie mit Anlagen für ein aufwendiges Röstverfahren. Im Herbst 2013 sollen die neuen Anlagen in Betrieb sein. Während der Bauphase entstehen keine Unterbrüche in der Produktion. In den Neubau integriert wird auch Platz für weitere Produktionsanlagen in späteren Jahren, neue Verladeanlagen und Lager. Der Besucher-, Zuliefer- und Speditionsverkehr wird künftig im Einbahnsystem um die Liegenschaft in Ibach geführt.

### **«Central» verkauft Eviva**

Der Schwyzer Entertainer und Volksmusikkenner Sepp Trütsch übernimmt zusammen mit dem Präsidenten der Theatergesellschaft Arth, Beat Diener, die Mehrheit an der Radio Eviva AG. Gleichzeitig zieht sich

die Radio Central AG zurück. Trütsch und Diener übernehmen je 38 Prozent des Unternehmens. Für die Hörer ändert sich nichts. Mit seinen Kontakten in der Volksmusikszene könne er aber «sicher einiges bewegen und neue Anreize schaffen», zeigt sich Trütsch zuversichtlich. Er wird für den Betrieb des Volksmusiksenders zuständig sein, der bisher im Besitz der Radio Central AG war.

### **Tierpark Goldau mit leichtem Besucherrückgang**

893 151 Besucher waren im Geschäftsjahr 1. April 2011 bis 31. März 2012 im Tierpark, das sind sieben Prozent weniger als im Vorjahr (960 291). Der Umsatz lag mit 7,8 Mio. Franken 1,6 Prozent unter dem Vorjahr. Der Grund liegt in den Wetterkapriolen. Vor allem der Dezember mit starken Winden sowie die Kälteperiode im Februar haben zu diesem Rückgang geführt. Erstmals konnten über 1000 Schulklassen begrüsst werden. Insgesamt wurden 634 Führungen mit 10 400 Teilnehmenden – davon die Hälfte Schülerinnen und Schüler – gebucht.

### **632 neue Firmen im Kanton Schwyz**

Im ersten halben Jahr 2012 wurden im Kanton Schwyz 632 neue Firmen gegründet. Das sind sechs Prozent mehr als in derselben Zeitspanne im letzten Jahr. Dies belegt eine Erhebung von Dun & Bradstreet, einem weltweit führenden Wirtschaftsinformationsdienst. Mit diesem Ergebnis steht Schwyz im nationalen Vergleich sehr gut da. Die Anzahl Firmengründungen nahm landesweit mit 20 019 Eintragungen im Vergleich zum Vorjahr sogar um 1 Prozent ab. Am stärksten war der Rückgang in Obwalden (–22 Prozent). Viele Gründungen im Kanton Schwyz sind komplexe Gesellschaften wie etwa Holdings. Im gleichen Zeitraum gingen 110 Firmen in Konkurs, ein Drittel mehr als vor einem Jahr. Unter dem Strich gibt es somit seit Anfang Jahr bis Ende Juni im Kanton 522 Firmen mehr. Auch landesweit sieht es nicht schlecht aus: Neugründungen minus Konkurse ergibt für das zurückliegende Semester 16 798 neue Firmen.

### **Unterirdischer Gesteinsabbau hat begonnen**

Während 20 Jahren ist vorbereitet, verhandelt und projektiert worden, am 17. August konnte der Stollen in der «Läntigen» (Gemeinde Morschach, in der Nähe von Sisikon) nun angeschossen werden. Der unterirdische Abbau des begehrten Kieselkalks in den Tiefen des Fronalpstocks kann beginnen. Als Erstes wird von

der bereits erstellten Schiff- und Verladestelle her ein Erschliessungsstollen gebaut, die Axenstrasse unterquert und zur Abbauebene A weitergeführt. Ab Ende August finden die eigentlichen Sprengungen statt für den Abbau des Hartschotters und Hartsplitts. Das Projekt sieht vor, dass in einer ersten Phase während 35 Jahren aus dem Fronalpstock 4,25 Mio. Kubikmeter Gestein abgebaut werden können. Der Abbau erfolgt nachhaltig unter Tag, der Abtransport erfolgt auf dem Seeweg. Es wird pro Tag, je nach Nachfrage, mit zwei bis fünf Schifffahrten gerechnet. Die Investitionskosten für diese erste Abbauphase werden mit 25 Mio. Franken angegeben. In zwei weiteren Etappen über total 27 Jahre wird nochmals mit dem Abbau von 4,1 Mio. Kubikmetern gerechnet. Betrieben wird der Abbau durch die Lüntigen Stein AG, Morschach. An ihr beteiligt sind die Arnold & Co. AG, Flüelen, die Kibag AG, Zürich, und die Sand AG, Neuheim.

## Nur sehr wenige Leerwohnungen

Der Wohnungsmarkt im Kanton Schwyz ist ausgetrocknet. Bei rund 68 000 postalischen Haushaltungen standen am Stichtag vom 1. Juni nur gerade 556 Wohnungen im Kanton leer. Das entspricht einem Leerwohnungsanteil von 0,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Leerwohnungsbestand in den letzten zwölf Monaten nur minim angestiegen, von 534 um 22 auf 556 Wohnungen. Der Bestand hält sich damit auf tiefem Niveau stabil und bewegt sich ungefähr in der Mitte der Extreme in früheren Jahren. Am tiefsten war der Leerwohnungsbestand 1990 mit nur 68 freien Wohnungen, am höchsten war er 1997 mit 1192 ungenutzten Wohnungen und Häusern. Diese Marktlage wird bestätigt durch den Immobilien-Markt, den die Schweizer Kantonalbank (SZKB) immer tagesaktuell führt. Am 31. Juli waren dort 608 Wohneinheiten zum Kauf oder zur Vermietung angeboten.

## Finanzausgleich steigt ins Unermessliche

Mit 126 Mio. Franken rechnete der Kanton Schwyz für 2013 an Zahlungen an den interkantonalen Ausgleich, nun sind es 134 Mio. Franken geworden. 2012 waren es noch 112 Mio. Franken. Die erneut starke Zunahme der Ausgleichszahlung ist einerseits die Folge des wiederum gestiegenen Ressourcenpotentials des Kantons Schwyz. So sind die massgebenden Einkommen der natürlichen Personen um 7,7 Prozent gestiegen – ein schweizerischer Spitzenwert. Bei den quellenbesteuerten Personen wurde eine Zunahme von 6,1

Prozent registriert. Ein kleines Wachstum ergab sich bei den juristischen Personen. Die Gesamtbelastung entspricht inzwischen über einem Zehntel des Gesamtaufwandes des Schwyzer Staatshaushaltes. Innerhalb von zwei Jahren ist der Schwyzer NFA-Ausgleich um mehr als 60 Prozent gestiegen. Pro Kopf zahlt Schwyz damit ab 2013 neu 931 Franken in den Ausgleichstopf. «Für den Kanton Schwyz ist die Grenze des Ertragbaren erreicht», kommentiert Finanzdirektor Kaspar Michel den steten Aufwärtstrend. Gemäss Prognosen muss mit einer Steigerung auf über 150 Mio. Franken gerechnet werden.

## Gemeinden sitzen auf 365 Mio. Franken

Nicht nur die Kantonskasse ist mit einem Eigenkapital von 514 Mio. Franken gut gepolstert, auch den meisten Gemeinden und Bezirke geht es gut. Zusammen besitzen die Kommunen ein Eigenkapital von 365 Mio. Franken. Fast alle haben Reserven, nur Oberiberg und Morschach nicht. Vom gesamten Eigenkapital, welches die 27 Gemeinden und 6 Bezirke besitzen, liegen 162,3 Mio. Franken im Bezirk Höfe. Vor allem gilt dies für Freienbach (69,1 Mio. Franken) und Wollerau (36,6 Mio. Franken). Als einziger Ort in Innerschwyz kann nur Küsnacht mit 47,1 Mio. Franken mithalten. Misst man das Eigenkapital an der Einwohnerzahl, so schlägt Riemenstalden alle anderen haushoch. Die Kleingemeinde besitzt ein Eigenkapital von 1,1 Mio. Franken, das sind pro Einwohner 12 529 Franken; in Freienbach sind es «nur» 4361 Franken. Kein Eigenkapital vorweisen können momentan nur Oberiberg – mit einem kleinen Bilanzfehlbetrag von 233 000 Franken – und Morschach – mit 1,1 Mio. Franken Fehlbetrag.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.*

## Studie empfiehlt offenen Zugang zu Behördendaten

**Eine veröffentlichte Studie zum Thema «Open Government Data» sieht in der offenen Zugänglichkeit und freien Wiederverwendung von Behördendaten in der Schweiz ein grosses Potenzial für gesellschaftlichen Nutzen und wirtschaftliches Wachstum. Entsprechend wird eine rasche Öffnung dieser Datenquellen empfohlen.**

Mit finanzieller Unterstützung der Gebert Rüt Stiftung hat die Berner Fachhochschule zusammen mit der Beratungsfirma itopia und unter Mitwirkung der Universität Zürich, des Schweizer Kompetenzzentrums Sozialwissenschaften FORS sowie der Firmen AOC Unternehmensberatung und Laux Lawyers eine Studie zum Thema «Open Government Data» (OGD) veröffentlicht.

Der Hintergrund ist, dass die politischen Behörden und öffentlichen Verwaltungen der Schweiz zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben über umfangreiche Datenbestände verfügen. Diese Daten enthalten wertvolle Angaben über viele Lebensbereiche unserer Gesellschaft und sind für eine breite Öffentlichkeit von Interesse – man denke beispielsweise nur an die Wetterdaten, die vom Bund über MeteoSchweiz zur Verfügung gestellt werden.

Der Begriff «Open Government Data» (OGD) bezeichnet die offene Zugänglichkeit und freie Wiederverwendung von Behördendaten. Das Konzept entspricht dem

Grundgedanken des Öffentlichkeitsprinzips. Gleichzeitig stellt es eine Weiterentwicklung dar; denn die Behörden stellen ihre Daten nicht nur im Einzelfall und auf Anfrage zur Verfügung, sondern allgemein und auf Basis eines politischen Auftrages. Dies verspricht mehr Transparenz, gesellschaftlichen Nutzen und wirtschaftliches Wachstum.

Dank dem Internet können Behördendaten ausserhalb ihres primären Anwendungsbereichs in der Regel ohne grossen Aufwand für die Nutzung durch Dritte bereitgestellt werden.

OGD sind Neuland für die Schweiz. Auch wenn zahlreiche Regierungen in letzter Zeit OGD-Initiativen gestartet haben, z.B. in den USA (2009), in Grossbritannien (2010) oder in der EU (2011), stellt sich die Frage, was OGD der Schweiz bringen. Auf der Suche nach Antworten auf diese Frage hat sich die vorliegende Studie mit den zugrunde liegenden Ideen und Konzepten sowie der Praxis von OGD auseinandergesetzt: Chancen und Risiken wurden aus verschiedenen Perspektiven durchleuchtet, das Potenzial von OGD für die Schweiz untersucht und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet. Trotz der Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas kommt die Studie zu einem klaren Schluss: OGD lohnen sich für die Schweiz. Dies aus folgenden Gründen:

- OGD schaffen Potenzial für gesellschaftlichen Nutzen sowie betriebliches und volkswirtschaftliches Wachstum. Innovative Unternehmen, Privatpersonen und Organisationen können mit frei zugänglichen Daten aus verschiedenen Verwaltungsbereichen neue Informationsdienstleistungen entwickeln.
- OGD erweitern den Grundgedanken des Öffentlichkeitsprinzips. Bürger, Parteien und Medien können dank OGD einen transparenteren Einblick in die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung erhalten und haben damit die Möglichkeit, ihre politischen Rechte kompetenter wahrzunehmen.
- OGD können die datenbasierte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit fördern und dank Feedback der OGD-Nutzer eine bessere Qualität der Behördendaten ermöglichen.
- Die Investitionen für OGD sind verglichen mit dem wirtschaftlichen Potenzial minimal. OGD werden sich für die Schweiz auch dann lohnen, wenn nur ein Teil dieses Potenzials realisiert wird.



Die Nutzung von OGD wird zeigen, bis zu welchem Grad sich deren Potenzial ausschöpfen lässt. Dies hängt vorab von der Menge der verfügbaren Daten und dem einfachen Zugang ab. Mehr Daten führen nicht zwangsläufig zu mehr Transparenz, und mehr Transparenz führt nicht automatisch zu mehr Partizipation. Wirtschaftliches Wachstum wird sich erst mit kommerziell erfolgreichen OGD-Applikationen und -Geschäftsmodellen entwickeln. Unabhängig davon haben kreative und technisch versierte Privatpersonen und Firmen in der Schweiz bereits damit begonnen, ihre Energie in die Nutzung von OGD zu investieren.

Die Studie empfiehlt aufgrund dieser Erkenntnisse den Entscheidungsträgern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft einen raschen und pragmatischen Einstieg der Schweiz in OGD. Um das Potenzial der Behördendaten auf allen föderalen Ebenen nutzen zu können, sollen Regierungen und Parlamente OGD-Initiativen starten und ihre Datensammlungen schrittweise für eine freie Verwendung zugänglich machen. OGD sind für das vertraute föderale Vorgehen in der Schweiz prädestiniert. Hilfreich und wünschenswert für die Umsetzung sind gemeinsame OGD-Rahmenbedingungen sowie die Nutzung gemeinsamer OGD-Infrastrukturen.

*(Berner Fachhochschule,  
Fachbereich Wirtschaft)*

## Energie- und Klimapolitik: Schlüsselrolle für Erdgas

Bei der Umsetzung der Klimapolitik 2020 und der Energiestrategie 2050 muss der in Zukunft wichtigeren Rolle von Erdgas Rechnung getragen werden. Nicht zuletzt deshalb, weil neue Abgaben in einer Volksabstimmung kaum eine Chance haben dürften.

### Erdrückende Tatsachen

Die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 ist für kommenden Herbst geplant. Trotzdem läuft im Anhörungsverfahren zur Verordnung über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (Treibhausgase) die Frist für eine Stellungnahme bereits zum jetzigen Zeitpunkt, will heissen bereits anfangs August aus. Dies zeigt, dass die neue Energiepolitik unseres Landes nach dem Grundsatzentscheid vom Mai 2011, aus der Kernkraft auszusteigen, kräftig vorangetrieben wird. Zwar liegen noch nicht alle offiziellen Informationen und Daten vor. Aber verschiedene Studien deuten bereits heute darauf hin, dass es für unser Land schwierig wird, sowohl seine Kernkraftwerke schrittweise abzuschalten, ohne sie durch neue zu ersetzen, als auch seinen Ausstoss an Treibhausgasen, der in erster Linie von der Verbrennung fossiler Brennstoffe herrührt, um 20 Prozent zu senken sowie gleichzeitig die Versorgungssicherheit für elektrische Energie für eine ständig wachsende Bevölkerung und Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Glaubt man einer kürzlich erschienenen Studie der Internationalen Energie-Agentur (IEA), kommt unser Land nicht umhin, elektrische Energie mithilfe

von Gaskraftwerken herzustellen. Dabei muss davon ausgegangen werden, dass ihr gewaltiger CO<sub>2</sub>-Ausstoss gleich behandelt wird wie in der Europäischen Union (EU), das heisst als Teil des Emissionshandels. Daher weist die IEA darauf hin, dass die aktuelle Verpflichtung der Schweiz, einen Grossteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Land selber kompensieren zu müssen, die nötigen Investitionen bremst, um die heutigen 40 Prozent Kernenergie innert nützlicher Frist zu ersetzen.

### Unumgängliche Gaskraftwerke

Die Bekräftigung der Schlüsselrolle von Gaskraftwerken untermauert, und das verdient besondere Beachtung, eine zentrale Schlussfolgerung zweier anderer Studien; einer von *economiesuisse* in Auftrag gegebener im April publizierter und einer vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) durchgeführten. Dies ist umso bedeutender als die beiden Studien unabhängig voneinander zum Schluss kommen, dass die aktuell verfolgte Energiepolitik den Strompreis markant verteuern wird. Für den Wirtschaftsstandort Schweiz, geschweige denn für die privaten Haushalte, sind dies alles andere als erfreuliche Nachrichten. Tatsächlich deutet alles darauf hin, dass wir nicht umhin kommen, ohne Tabu die nunmehr tragende Rolle von Erdgas zu berücksichtigen und so schnell wie möglich ein bilaterales Abkommen über die Integration in den EU Emissionshandel abzuschliessen, wie es der Bundesrat vorschlägt.

Hingegen gilt es, Verschärfungen der Bestimmungen über Gaskraftwerke, die über die CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision vom vergangenen Dezember hinausgehen, zu verhindern. Die Nutzung künftiger Gaskraftwerke soll sich nach internationalen Mindeststandards und nicht nach spezifischen, auf die Schweiz beschränkten Normen richten. Nur so sind die privaten(!) Investoren bereit, sich mit hunderten von Millionen zu engagieren, wie sie nötig sind für die Realisierung von Gaskraftwerken wie die geplanten Chavalon (an der Kantonsgrenze zwischen Waadt und Wallis) und Cornaux (Kanton Neuenburg). Finanzielle Engagements, die momentan unrentabel sind.

### Volksveto gegen neue Steuern

Wer nun den Vorwurf erhebt, die Energie- und Klimapolitik sei mit der Berücksichtigung von Gaskraftwerken zu wenig ambitiös, der sei daran erinnert, dass das Schweizer Stimmvolk im Jahr 2000 drei Vorlagen zu Energieabgaben abgelehnt hat und dass das Neuenburger Stimmvolk sich in den letzten drei Jahren zweimal gegen Stromabgaben für die Subventionierung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien ausgesprochen hat. Das beste Mittel, einen für alle nachteiligen Stillstand zu verhindern, ist deshalb ein Kompromiss über den Bau von Gaskraftwerken.

(Centre Patronal)

## Agglomerationen brauchen mehr finanzielle Unterstützung durch den Bund

Nach 30 Agglomerationsprogrammen der 1. Generation im Jahr 2007 gingen bis Ende Juni 2012 weitere 41 Agglomerationsprogramme der 2. Generation beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) ein. An diesen Programmen sind 90 Prozent der Agglomerationen der Schweiz und damit 23 Kantone, rund 800 Städte und Gemeinden sowie verschiedene Gebietskörperschaften aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Liechtenstein beteiligt. In intensiver Zusammenarbeit über Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen hinweg wurden dabei in den vergangenen Jahren Herausforderungen und Visionen, Strategien und Massnahmen für eine kohärente Raumentwicklungs- und Verkehrspolitik erarbeitet. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wird die eingereichten Programme bis Mitte 2013 prüfen. Auf dieser Basis wird eine Vorlage über die Mitfinanzierung durch den Bund erarbeitet und danach in die Vernehmlassung gegeben. Im ersten Halbjahr 2014 wird der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft vorlegen. Anschliessend wird das Parlament über die Freigabe der im Infrastrukturfonds reservierten Bundesbeiträge für die nächste Finanzierungsperiode ab 2015 beraten.

### Ein zentrales Instrument koordinierter Planung und Umsetzung

Nur eine effiziente, effektive und vor allem eine vernetzte Raum- und Verkehrspolitik führt zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres

Landes. Daher findet sich dieser strategische Ansatz auch im tripartit erarbeiteten Raumkonzept Schweiz oder in der Agglomerationspolitik des Bundes wieder.

Einer der wichtigen Pfeiler der Agglomerationspolitik sind die Agglomerationsprogramme «Siedlung und Verkehr». Diese verfolgen als Hauptziel eine koordinierte Planung von Siedlung, Landschaft und Verkehr in urbanen Räumen. Dazu gehört auch die Abstimmung zwischen öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr sowie Fuss- und Veloverkehr. Die Agglomerationsprogramme verlangen eine enge Zusammenarbeit zwischen Kantonen, Städten, Gemeinden und teilweise auch mit den Regionen angrenzender Länder sowie eine angemessene Beteiligung der Bevölkerung. Werden diese Ziele erreicht, finanziert der Bund - je nach Wirksamkeit und Dringlichkeit - Anteile von 30 bis 50 Prozent der Kosten von Verkehrsinfrastrukturvorhaben. Mit den Agglomerationsprogrammen der 1. und 2. Generation konnten in den vergangenen Jahren grosse Fortschritte erzielt werden: Kantone, Städte und Gemeinden leisteten einen gewaltigen Effort bezüglich Zusammenarbeit und koordinierter Planung. Etliche grosse sowie zahlreiche kleine Verkehrs- und Siedlungsmassnahmen wurden inzwischen realisiert.

### Zukünftige Finanzierung ist offen

Den im Rahmen der Agglomerationsprogramme der 2. Generation eingereichten Anträgen zur

Mitfinanzierung von Verkehrsmassnahmen kann der Bund bei weitem nicht im vollen Umfang entsprechen. Allein die Investitionskosten der Vorhaben von 1. und 2. Priorität, deren Baubeginn ab 2015 beziehungsweise 2019 vorgesehen ist, belaufen sich auf rund 20 Milliarden Franken. Die Beteiligung des Bundes beträgt maximal 50 Prozent, was 10 Milliarden Franken entspräche. Dieser Betrag übersteigt indes die verfügbaren Mittel um das Fünffache: Im Infrastrukturfonds, dessen Laufzeit 2027 endet, sind lediglich noch 1,9 Milliarden Franken für Agglomerationsprogramme reserviert. Diese Situation zwingt den Bund dazu, nur die dringendsten, wirksamsten und baureifen Projekte zu unterstützen.

Die Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft und Mobilität in der Schweiz dürfte dazu führen, dass der Bedarf an besseren Verkehrsinfrastrukturen vor allem in den Agglomerationen hoch bleiben wird. Auch die Mitfinanzierung durch den Bund wird zentral bleiben. Angesichts der steigenden Diskrepanz zwischen dem ausgewiesenen Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln wird der Bund seine Überlegungen intensivieren, wie die Mitfinanzierung weiterentwickelt werden kann. Die Agglomerationsprogramme als wichtiges Instrument einer kohärenten Raumentwicklungs- und Verkehrspolitik sollen langfristig gesichert werden, da sie zur wirtschaftlichen Attraktivität der Schweiz beitragen. ([www.are.admin.ch](http://www.are.admin.ch))

## Rubik-Abkommen sind eine zweckmässige Strategie

### Ausländische Kunden müssen ihre Steuersituation regeln

In Anbetracht des internationalen Drucks hat die Schweiz ergänzend zu den Abkommen gegen Steuerbetrug mit der EU Besteuerungsabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien verhandelt und abgeschlossen. Diese sogenannten «Rubik-Abkommen» enthalten sowohl Regelungen für unversteuerte Gelder aus der Vergangenheit als auch für eine Quellensteuer mit abgeltender Wirkung für künftige Kapitalerträge. Aufgrund dieser Abkommen müssen natürliche Personen mit Wohnsitz in einem dieser Staaten, die über ein Guthaben bei einer Schweizer Bank verfügen, ihre steuerrechtliche Situation regeln. Dies können sie entweder mittels Deklaration gegenüber ihrer Steuerbehörde oder aber durch anonyme Erhebung einer einmaligen Steuer auf dem Vermögen (Lösung für die Vergangenheit) respektive einer abgeltenden Quellensteuer auf den Kapitalerträgen (Lösung für die Zukunft) tun. Die Quellensteuer – je nachdem in der ungefähren Höhe von zwischen 15 und 40 Prozent – wird direkt von der Bank erhoben und an die Eidgenössische Steuerverwaltung abgeführt, die sie anschliessend an die Steuerbehörden des Wohnsitzlandes überweist. Dazu kommen verschiedene Bestimmungen über minimal zu leistende Vorauszahlungen der Schweizer Zahlstellen – zwei Milliarden Franken an Deutschland und 500 Millionen Franken an Grossbritannien sind nicht nichts! –, über

zahlenmässig beschränkte Auskunftsgesuche unter Angabe eines plausiblen Grundes sowie über die Lieferung von statistischen Angaben darüber, in welche Länder saldierte Schweizer Konten transferiert werden. Die Behörden der Signatarstaaten verpflichten sich, gestohlene Schweizer Bankdaten weder zu beschaffen, noch zu verwenden. Allerdings scheint sich die zu unterlassende Beschaffung auf den «aktiven Erwerb» solcher Daten zu beschränken; bereits der Begriff als solcher ist interpretationsbedürftig...

### Referendum von zwei Seiten

Das Schweizer Parlament hat Anfang Juni den Rubik-Abkommen mehr aus sachlichem Zwang als aus Begeisterung für die Sache zugestimmt. Für die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) gehen die Abkommen zu weit und verletzen die Souveränität unseres Landes. Sie hat daher das Referendum dagegen ergriffen. Dieses wird aus diametral entgegengesetzten Gründen von den Jungsozialisten (JUSO), die die totale Abschaffung des Bankkundenheimnisses fordern, unterstützt. Die Referendumsfrist läuft bis Ende September und eine allfällige Volksabstimmung könnte bereits im kommenden November durchgeführt werden. Die Abkommen sollen am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Zu glauben, Rubik schütze die Schweiz gegen neue Angriffe, wäre naiv. Allerdings leisten die Abkommen der Schweiz im internationalen Kräften messen wichtige Schützenhilfe.

Einerseits geht es den Staaten, die Druck auf die Schweiz ausüben, nicht darum, den Finanzplatz moralischer oder ehrlicher zu machen – was er im Vergleich zu den französischen, britischen oder amerikanischen Steuerparadiesen ja bereits ist –, sondern darum, um jeden Preis an Geld heranzukommen, um damit ihre Staatsdefizite oder die der europäischen Partner finanzieren zu können. Andererseits besteht ein elementares und grundlegend moralisches Interesse am Erhalt des Bankkundenheimnisses. Es geht dabei um den Schutz der Privatsphäre gegenüber Staaten – auch im finanziellen Bereich –, die es als normal erachten, dass ihre Schnüffler systematisch ohne laufende Ermittlungsverfahren (selbst im Ausland und ohne Rechtshilfe) in den Bankangelegenheiten ihrer Bürger wühlen.

### **Eine Strategie gegen den automatischen Informationsaustausch**

Die Rubik-Abkommen berücksichtigen beide Anliegen: Sie gewährleisten einerseits die Anonymität des Steuerpflichtigen, der sein Vermögen in der Schweiz angelegt hat, und ermöglichen andererseits den Wohnsitzstaaten Steuereinnahmen, auf die sie angewiesen sind. Deutschland, Österreich und Grossbritannien sind nun auf ihre Rechnung gekommen. Wie sonst liesse sich erklären, dass bereits andere Staaten am Abschluss analoger Abkommen interessiert sind? Es ist nichts Unehrenhaftes daran, für andere Staaten die Steuern einzutreiben, solange es die ihrer eigenen Steuerpflichtigen sind. Die überstürzten und brachialen Massnahmen, die auf den Druck der Vereinigten Staaten hin veranlasst wurden, sind doch unverhältnismässig verhängnisvoller. Falls – wie zu hoffen bleibt – die Rubik-Strategie zum Erfolg führt, kann sie als international anerkannter Präzedenzfall dienen für die Erhebung einer abgeltenden Quellensteuer als Alternative zum automatischen Informationsaustausch, wie ihn Brüssel verlangt.

*(Centre Patronal)*

## Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit – im Zentrum steht die Wirksamkeit

Ungefähr 2000 Personen nahmen an der Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit (DEZA-SECO) teil, die am Freitag, den 17. August in Bern stattfand. Bundesrat Didier Burkhalter, der zum ersten Mal als Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an dieser Veranstaltung teilnahm, unterstrich die Wirksamkeit und die Bedeutung des Engagements des Bundes zugunsten der am stärksten benachteiligten Länder.

Der Vorsteher des EDA wies auf die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hin, die nun Früchte tragen und konkrete Ergebnisse hervorbringen. Als Beispiele für die erzielten Fortschritte nannte er den Rückgang der Sterblichkeitsrate bei schwangeren Frauen und Kindern in allen Weltregionen in den letzten Jahren, höhere Einschulungsraten, namentlich in Afrika und Asien, den Rückgang bei den HIV-Infektionen und einen besseren Zugang zu Trinkwasser. Diese Errungenschaften stehen im Einklang mit den Millenniumsentwicklungszielen der Vereinten Nationen.

Anhand von Entwicklungsprogrammen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) veranschaulichte Bundesrat Didier Burkhalter, wie wichtig und innovativ der Beitrag der Schweiz zur Erreichung dieser Fortschritte ist. Er betonte auch die Bedeutung dieses Engagements zur Stärkung der aussenpolitischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Schweiz.

Bundesrat Didier Burkhalter unterstrich ebenfalls die Bedeutung der Wirksamkeit der vom Bund geleisteten Hilfe sowie die Notwendigkeit, dieses Engagement kritisch zu hinterfragen, um die nötigen Lehren für eine stetige Verbesserung der Hilfeleistungen zu garantieren. Gemäss dem EDA-Vorsteher soll die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ihr Engagement in jenen Bereichen fortsetzen, in denen unser Land über Kernkompetenzen verfügt. Dazu gehören Bildung, Gesundheit, Wasser, Finanzen und die Förderung des Privatsektors.

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Staatssekretärin und Direktorin des SECO, erinnerte in ihrer Rede an den Grundsatz der schweizerischen Zusammenarbeit: «Wir tun dies nach dem Grundsatz Hilfe zur Selbsthilfe. In der internationalen Zusammenarbeit geben wir nicht nur einfach Geschenke - wir unterstützen die Eigenanstrengungen unserer Partner. Eines der Ziele des SECO ist es denn auch, die Partnerländer in die Weltwirtschaft zu integrieren und ihr nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern.»

DEZA-Direktor Martin Dahinden betonte seinerseits, die Erkenntnis habe sich durchgesetzt, dass gute Projekte allein nicht ausreichen, um Entwicklung zu ermöglichen. Den Partnern – Regierungen und privaten Organisationen – müsse eine noch grössere Rolle zugestanden werden. Er sagte zudem, es gehe um die bessere Koordination mit anderen Gebern, bilateralen und multilateralen. Wirksam sei die Zusammenarbeit nur dann, wenn die Engagements langfristig und vorhersehbar seien. Dabei müssten alle Geberländer noch zulegen.

An der Jahreskonferenz der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit kamen auch zahlreiche Expertinnen und Experten zu Wort, unter ihnen Catarina de Albuquerque, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das Recht auf Wasser und Sanitätsversorgung. Sie sprach über globale Risiken aus der Sicht der Entwicklungszusammenarbeit.

Ein Beispiel für die konkrete Unterstützung der DEZA in Afrika präsentierte Philippe Fayet, Koordinator des Kooperationsbüros der DEZA in Ouagadougou (Burkina Faso): Die Rede ist vom Viehmarkt in Fada N’Gourma, wo sich jede Woche Hunderte von Viehhändlern und Händlern versammeln. Das von der Schweiz finanzierte und unterstützte Projekt im Bereich der lokalen Entwicklung hat Auswirkungen, die weit über den lokalen Kontext hinausgehen.

Von Seiten des SECO wurde ein Schweizer Projekt im Bereich der Steuer- und Verwaltungsreform in Ghana vorgestellt. Dank der Unterstützung der Schweiz stiegen die Steuereinnahmen des Landes zwischen 2002 und 2010 von 12,7 auf 18,8% des BIP, was es dem Staat erlaubt, den Kampf gegen die Armut verstärkt mitzufinanzieren.

Das Parlament hat im Februar 2011 beschlossen, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz bis 2015 auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Die Hauptstossrichtungen für die Umsetzung dieses Ziels sind in der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–16 enthalten, die gegenwärtig im Parlament diskutiert wird.

# 80 jährige Konzession für eine einheimische Energieversorgung



Die Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz AG (EBS) betreibt fünf Wasserkraftwerke entlang der Muota. Diese produzieren jährlich ca. 220 Mio. Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom. Zurzeit laufen die Vorbereitungen für die Erneuerung der Wasserrechtskonzession auf Hochtouren.

Als sich der Bezirk Schwyz Anfang der 1950er Jahre entschied, auf eine eigene Energieversorgung zu setzen, erteilte er dem EBS die Konzession

zum Betrieb der Wasserkraftwerke für 80 Jahre. Damals wurde festgelegt, dass die Betriebsbewilligung (Konzession) dereinst im Jahr 2030 neu erteilt werden müsse. Die bestehende Konzession läuft demnach 2030 aus und deren Erneuerung muss frühzeitig vorbereitet werden. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Es ist geplant, das Gesuch für die Erneuerung der Konzession Ende 2015 einzureichen.

## Energieproduktion und Schonung der Umwelt in Einklang bringen

Tragen wir Sorge zu unseren Ressourcen. Unsere Kraftwerksanlagen sind seit Jahrzehnten sehr gut in die Landschaft eingegliedert. Energieproduktion und Schonung der Umwelt schliessen sich nicht gegenseitig aus, sie müssen aber in Einklang gebracht werden. Wenn wir die Schweizer Stromproduktion auf erneuerbare Energien umstellen, bzw. festigen wollen, kommt keiner der Betroffenen umhin, bezüglich Schutz- und Nutzungsüberlegungen Kompromisse einzugehen. Anstelle von Partikularinteressen und der Fokussierung auf Einzelaspekte (z.B. Energieproduktion versus Umweltschutz), muss verstärkt ein Miteinander und ein Ausgleich der Interessen stattfinden.



Im Hinblick auf die Konzessionserneuerung für die künftige Nutzung der Muota wird dieser Interessensausgleich sehr wichtig. Das Bedürfnis der Allgemeinheit nach einer Weiternutzung der Wasserkraft der Muota darf nicht durch Einzelinteressen verhindert werden, wobei andererseits auch berechnete Umweltauflagen einer ausufernden Energiegewinnung richtigerweise entgegenstehen sollen. Den adäquaten Ausgleich und den richtigen gangbaren Weg zu finden, wird ein wichtiges Element in der Gestaltung der Energiezukunft sein.

Das EBS, als bedeutender Schwyzer Stromproduzent und Verteilnetzbetreiber sowie durch seine Tochtergesellschaft auch Erd- und Biogasversorger, nimmt bisher und auch künftig seine Aufgabe im Rahmen der Versorgungssicherheit und Dienstleistung für seine Kunden rund um die Uhr gewissenhaft wahr.

[www.ebs-strom.ch](http://www.ebs-strom.ch)



Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz AG | Riedstrasse 17 | 6430 Schwyz | T 041 819 69 11 | E [info@ebs-strom.ch](mailto:info@ebs-strom.ch) | [www.ebs-strom.ch](http://www.ebs-strom.ch)



## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9					
<sup>1</sup>	-2,4	-1,9	-2,0	-2,3	-2,3	-2,2	-1,8					

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4					

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7					

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0					
<sup>1</sup>	-0,8	-0,9	-1,0	-1,0	-1,0	-1,1	-0,7					

		2009 <sup>2</sup>	2010 <sup>2</sup>	2012						
				Jan,	Feb,	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Monatsindex</b> (Dezember 2010 = 100)										
<b>Totalindex</b>		<b>99,0</b>	<b>99,7</b>	<b>98,9</b>	<b>99,1</b>	<b>99,7</b>	<b>99,8</b>	<b>99,8</b>	<b>99,5</b>	<b>99</b>
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,8	101,6	96,8	97,0	97,5	96,9	97,9	98,1	98,1
	Alkoholische Getränke und Tabak	98,2	99,4	102,0	101,7	102,4	101,6	101,6	102,6	102,5
	Bekleidung und Schuhe	92,1	93,2	84	84,3	90,4	93,1	94,6	91,9	83,6
	Wohnen und Energie	96,9	99,3	102,3	102,8	102,9	102,8	102,5	102,2	102,2
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,5	100,1	96,8	97,6	98,1	98,0	97,1	97,9	96,0
	Gesundheitspflege	100,7	100,4	100,1	100,1	100	100	100	100,1	100
	Verkehr	97,1	99,4	97,5	98,1	99,3	100,0	99,2	98,0	97,6
	Nachrichtenübermittlung	101,5	100,0	100,3	100,2	100,2	100,1	100,1	100	99,9
	Freizeit und Kultur	102,7	100,5	94,2	94,1	94,3	94,6	94,6	94,7	94,8
	Erziehung und Unterricht	97,8	98,9	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6
	Restaurants und Hotels	99,2	100,1	102,4	102,4	102,6	102,3	102,4	102,4	102,2
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,9	100,2	100,4	100,7	100,6	100,7	100,8	100,4	100,7	
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	99,2	99,8	100,3	100,5	100,6	100,5	100,6	100,6	100,5
	Auslandgüter	98,6	99,4	95	95,4	97,2	97,6	97,4	96,4	94,8
	Waren	99,1	99,8	96,3	96,5	97,8	97,9	97,9	97,2	96,0
	Dienstleistungen	99,0	99,7	100,7	101	101	101,1	101,1	101,1	101,2

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

# Gelebte Austerität im Kanton Schwyz

Die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Hiobsbotschaften jagen sich seit einiger Zeit regelrecht. Die ökonomische Entwicklung in weiten Teilen der Welt, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Europa, entspricht keineswegs dem eigentlich notwendigen Wachstum. In der EU bringt eine fatale Schuldenwirtschaft der letzten Jahre und das Ignorieren eigener finanzpolitischer Verhaltensregeln ein ganzes Staaten- und Währungssystem ins Wanken. Und auch die Schweiz bleibt von den weltweiten Turbulenzen nicht verschont. Allein die Auswirkungen des starken Franken sind für einen beträchtlichen Teil unseres Gewerbes sowie der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen nur schwer zu verkraften. Viele rufen nun nach dem Staat. Der soll richten, was die freie und soziale Marktwirtschaft an die Wand gefahren habe – eine unzulässig verkürzte Sichtweise natürlich. Die vorgeschlagenen Rezepte gehen von Eingriffen in die Wirtschaftssysteme bis zur Implementierung von Lenkungsmaßnahmen. Das Credo heisst staatliche Regulierung. Ganz grundsätzlich herrscht allerdings Ratlosigkeit. In unseren Nachbarländern und überhaupt in der Europäischen Union zeigt sich diese ganz besonders – auch als Resultat der anscheinend unvereinbaren disparaten politischen Ideologien und wahrscheinlich auch politischen Kulturen.

Und bei uns? Hier ist der Euro-Kurs das dominierende Thema. Natürlich, von seinem Niveau und seiner Stabilität hängt sehr viel ab. Die Schweizerische Nationalbank ist deshalb unablässig daran, mindestens eine halbwegs erträgliche Schmerzgrenze des Euro-Kurses zu halten – koste es, was es wolle! Und trotzdem darf sich die Schweiz in diesem schwierigen Umfeld glücklich schätzen. Der zerstörerische wirtschaftliche Sturm der letzten Jahre, der andere Staaten hart getroffen hat, ist bei uns weitgehend ausgeblieben. Die Schweiz steuert sich eigentlich hervorragend durch schwierige Zeiten – einmal mehr.

Auch aus dem Blickwinkel der Froschperspektive, in unserem näheren politischen Umfeld, scheint allerdings nicht mehr alles in bester Ordnung zu sein. Seit einigen Jahren schreibt der sparsame und für seinen haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Finanzen bekannte Kanton Schwyz Defizite. Diese scheinen als Folge der Entwicklung der letzten Jahre nicht eine kurzzeitige Erscheinung zu sein, sondern zur dauernden Insuffizienz zu werden. Man spricht bereits von einem strukturellen Defizit. Ein solches erlaubt das Schwyzer Finanzhaushaltsgesetz aber grundsätzlich nicht: denn der Haushalt ist mittelfristig ausgeglichen zu gestalten. Das ist auch richtig so!

Parlament und Regierung des Kantons Schwyz sind seit zwei Jahren daran, die entsprechenden Massnahmen zu Verringerung und letztendlich Tilgung der staatlichen Fehlbeträge zu definieren, zu beraten und umzusetzen. Ausserordentlich knapp – mit Stichentscheid des Präsidenten – hat der Kantonsrat dem von ihm in Auftrag gegebenen Massnahmenplan in wichtigen Punkten sanktioniert. Will man nicht auf das wahrscheinlich allzu einfache und angesichts der noch vorhandenen Reserven verfrühte Mittel einer kantonalen Steuererhöhung zurückgreifen, so bleibt vorerst nur sparen und entlasten. Letzteres wird mit grossem Druck gemacht, obwohl auch die Einnahmen immer noch steigend sind. Die Aufgaben werden überprüft, Politik und Verwaltung priorisieren laufend und konsequent den Mitteleinsatz und die Projekte. Es wird reduziert, verzichtet und verschoben. Der Begriff der «Austerität», der in der Ökonomie eine konsequente Sparsamkeit des Staates bezeichnet, hat nun auch den Kanton Schwyz erreicht. Die «Austeritätspolitik» hingegen, die einen ausgeglichenen Haushalt ohne Verschuldung anstrebt, war im Kanton Schwyz schon immer gelebte Realität. Sie sollte es unbedingt bleiben!

Zwei Bestandteile der eingeleiteten Massnahmen bedürfen noch der Genehmigung durch die Schwyzerinnen und Schwyzer. Erstens soll die Hälfte des Anteils an der Grundstückgewinnsteuer der Gemeinden und Bezirke wieder an den Kanton zurückgeführt werden. Zweitens erwartet man, dass die Beteiligung der Gemeinwesen an den Kosten des öffentlichen Verkehrs inskünftig 60 und nicht nur 50 Prozent betragen. Wer inskünftig einen Ausbau des öV-Angebots bestellt, soll auch einen erhöhten Beitrag entrichten. Beide entsprechende Gesetzesänderungen tragen massgeblich zur angestrebten Stabilisierung des Kantonshaushalts bei, ohne die Finanzhaushalte der Gemeinden zu gefährden. Gleichwohl ist die Solidarität zwischen den Gemeinden und dem Kanton gefordert. Die Stimmberechtigten werden zweifelsohne klug und weitsichtig entscheiden. Der Kanton allerdings wird auch mit dieser notwendigen Entlastung nicht so schnell gesunden. Mit den jährlich massiv steigenden Beiträgen an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) hat er eine Kostenflut zu stemmen, die ihn wohl noch einige Zeit in den Fesseln dieses für sparsame und finanziell erfolgreiche Kantone – gelinde gesagt – «suboptimal» ausgestalteten NFA-Systems gefangen halten wird.

Umso mehr gilt es, die Staatsausgaben im Griff zu halten. Neue Aufgaben und Ausgaben zu verhindern, den Verwaltungsaufwand massvoll auszugestalten und staatlicherseits vor allem unserer Wirtschaft, dem Unternehmertum, dem Gewerbe sowie den Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ein möglichst prosperitätsförderndes Umfeld zu bieten. Hierbei darf auch das Wort «Deregulierung» – entgegen den weltweiten Entwicklungen – kein Tabu sein. Die Schwyzer Wirtschaft ist glücklicherweise intakt und gut in Form. Wenn es ihr gut geht, stärkt das auch den Staat. Und ein finanziell gesundes Staatswesen kann mit attraktiven Steuern und möglichst tiefen Abgaben auch seine Kernaufgaben erfüllen: Bereitstellung einer adäquaten Infrastruktur und gute Ausbildungsstätten, Gewährleistung der sozialen und öffentlichen Sicherheit sowie Sicherstellung einer modernen Gesundheitsversorgung. Daran gilt es weiterzuarbeiten.

Kaspar Michel, Regierungsrat  
Vorsteher Finanzdepartement  
des Kantons Schwyz

## 7. Wirtschaftsforum des Kantons Schwyz

Am **Donnerstag, 25. Oktober 2012, ab 16.00 Uhr bis ca. 20.00 Uhr**, findet im **Seedamm Plaza in Pfäffikon/SZ** zum siebten Mal das **WIRTSCHAFTSFORUM des Kantons Schwyz** mit Thema **«Höhenflug des Schweizer Frankens – Grenzen und Chancen der Wirtschaft»** statt. Der Anlass wird vom Volkswirtschaftsdepartement des Kt. Schwyz, vom Kantonal Schwyzerischen Gewerbeverband sowie dem H + I des Kt. Schwyz organisiert und getragen.

Die Anmeldungsunterlagen wurden Ihnen bereits zugestellt; bitte reservieren Sie sich diesen Termin vorsorglich.

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz,**  
**Riedstrasse 17, 6431 Schwyz**  
**[www.ebs-strom.ch](http://www.ebs-strom.ch)**

<b>Nr.</b>	<b>Datum</b>	<b>Sponsor</b>
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	26. 01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23. 02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29. 03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26. 04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24. 05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
439	28. 06.2012	Gasser Hülsen GmbH, Kartonhülsenfabrik, Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm
<b>440</b>	<b>30. 08.2012</b>	<b>Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz</b>
441	27. 09.2012	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
442	25. 10.2012	Bruhin AG, druckl media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29. 11.2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16. 12.2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24. 01.2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21. 02.2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
447	28. 03.2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz
448	25. 04.2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30. 05.2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27. 06.2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29. 08.2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG, Hauptstr. 178, 6436 Muotathal
452	26. 09.2013	Schwyzer Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24. 10.2013	
454	28. 11.2013	
455	17. 12.2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach